

MAURETANIEN:

„NIEMAND MÖCHTE ETWAS MIT UNS ZU TUN HABEN“

VERHAFTUNGEN UND MASSENABSCHIEBUNGEN VON MIGRANT/INNEN DENEN DER ZUTRITT NACH EUROPA VERWEHRT WIRD

ZUSAMMENFASSUNG DER EINLEITUNG EINES REPORTES VON AMNESTY INTERNATIONAL, INTERNATIONAL SECRETARIAT LONDON, AI INDEX: AFR 38/001/2008

Seit 2006 wurden tausende MigrantInnen, die beschuldigt worden waren, von Mauretanien aus illegal in Richtung der Kanarischen Inseln aufgebrochen zu sein, verhaftet und danach unter Zwang und ohne Recht auf Berufung vor einer gerichtlichen Instanz nach Mali oder Senegal zurückgeschoben. Viele von ihnen sind jahrelang im Internierungslager von Nouadhibou (in Nordmauretanien) festgehalten worden, wo einige durch die mauretanischen Sicherheitskräfte misshandelt worden sind. Zugehörige westafrikanischer Staaten berichten, auf den Straßen oder zu Hause willkürlich verhaftet und, ohne jeglichen Beweis, beschuldigt worden zu sein nach Spanien ausreisen zu wollen. Einige dieser Menschen waren Opfer von ErpresserInnen, und viele wurden unter Zwang nach Mali oder Senegal abgeschoben. Diese Verhaftungen, denen meistens Abschiebungen an die Grenzen folgen, sind mehr als willkürlich, wenn man bedenkt, dass die illegale Ausreise aus Mauretanien laut mauretanischer Gesetzeslage kein Vergehen darstellt.

Diese Politik der Verhaftungen und Massenabschiebungen durch Mauretanien ist das Ergebnis massiven Druckes, der vonseiten der Europäischen Union (EU) und vor allem Spanien, auf das Land ausgeübt wird, wodurch versucht wird, bestimmte afrikanische Länder im Kampf gegen irreguläre Migration nach Europa einzubeziehen. Mauretanien, das traditionellerweise eine große Anzahl von StaatsbürgerInnen aus den umliegenden Ländern aufnahm, hat 2003 mit Spanien ein Abkommen unterzeichnet, das die Verpflichtung beinhaltet, nicht nur zurückgeschobene mauretanische StaatsbürgerInnen aufzunehmen, sondern auch eine große Anzahl von Drittstaatenzugehörigen, von denen „sichergestellt“ oder „angenommen“ worden ist, dass von der mauretanischen Küste aus versucht haben, Spanien zu erreichen. Mauretanien hat außerdem der Präsenz eines Flugzeuges sowie eines Helikopters zugestimmt, die im Kontext einer Operation der Europäischen Union zur Kontrolle seiner Außengrenzen zum Einsatz kommen. Außerdem unternehmen MitarbeiterInnen der spanischen *Guardia Civil* gemeinsam mit mauretanischen Autoritäten Patrouillen entlang der Küsten des Landes. Diese Kooperation zwischen der EU und Mauretanien wurde als Sicherheits- und humanitäre Operation repräsentiert, die dazu entworfen wurde, um MigrantInnen vom Versuch, Europa zu erreichen abzuhalten und jene, die sich in provisorischen Booten am Meer befinden, vor dem Ertrinken zu retten. Informationen die Amnesty International gesammelt hat, zeigen jedoch auf, dass diese Kooperation der Verletzung verschiedenster Rechte von MigrantInnen in Mauretanien Aufschwung geleistet hat.

Die Gründe, die tausende junge AfrikanerInnen dazu treibt, sich im Versuch Europa zu erreichen schwierigen Situationen und oft auch dem Tod auszusetzen, sind eng verbunden mit Armut, dem Fehlen von Perspektiven und dem Druck der Familie, aber auch mit politischer Gewalt und Bürgerkriegen, die vor allem Liberia, Sierra Leone und die Elfenbeinküste betreffen. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben auf diese irreguläre Migration durch ein Festerziehen ihres Managements von Migrationsströmungen reagiert.

Im Bezug hierauf ist Amnesty International extrem besorgt über die Sicherheitspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, vor allem Spanien. Diese Staaten sind dabei ihre Politik des Managements von Migrationsströmungen zu externalisieren, indem sie die Herkunftsstaaten der MigrantInnen oder die Transitländer – vor allem bestimmte Länder des Maghrebs und Subsahara-Afrika – dazu zwingen, die MigrantInnenströme, die von ihrem Territorium aus nach Europa auszureisen versuchen, selbst zu managen. Diese Länder sind de facto zur „Polizei Europas“ geworden.

(...)

Der Report beruht auf einem Untersuchungsausschuss von Amnesty International, deren Delegierte im März 2008 in Mauretanien Interviews durchführten, vor allem mit InsassInnen des Internierungszentrums von Nouadhibou, MigrantInnen, die versucht hatten – oder zu versuchen planten – nach Europa zu gelangen, und Flüchtlingen, die größtenteils aus westafrikanischen Staaten stammten. Die Delegierten trafen auch hohe BeamtInnen der mauretanischen Behörden, wie dem damaligen Innenminister Yall Zakaria und diplomatische VertreterInnen von Spanien und Mauretanien. Der Bericht steckt die Hauptbefürchtungen Amnestys im Bezug auf die Behandlung von MigrantInnen und AsylwerberInnen in Mauretanien ab und unterbreitet den mauretanischen Behörden, der EU und vor allem der spanischen Regierung Vorschläge, indem es an sie appelliert, die Rechte dieser Menschen in Übereinstimmung mit den derzeitigen internationalen Standards aufrecht zu erhalten.

Englisches Original „Mauritania: Nobody wants anything to do with us, arrests and collective expulsions of migrants denied entry into Europe“. Übersetzt durch Annika Lems

Link zum Originaltext:

<http://www.amnesty.org/en/news-and-updates/report/migrants-face-illegal-arrest-in-mauritania-20080702>